

Der Nationalismus

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Peter Coulmas

Der Nationalismus
in der Dritten Welt

Helmut Schoeck

Die nationale Idee
in den USA

B 36-37/66

7. September 1966

Peter Coulmas, Dr. phil. habil, geb. 29. August 1914 in Dresden, politischer Schriftsteller und Journalist, übernimmt demnächst die Redaktion der Vierteljahrsschrift für Internationale Beziehungen „Moderne Welt“.

Buchveröffentlichungen: Zwischen Nil und Tigris, Hamburg 1958; Der Fluch der Freiheit, Oldenburg 1963; Frankreich deutet sich selbst (Hrsg.), Hamburg 1961; England deutet sich selbst (Hrsg.), Hamburg 1962; Amerika deutet sich selbst (Hrsg.), Hamburg 1965.

Helmut Schoeck, Dr. phil., o. Professor und Direktor des Instituts für Soziologie an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, geb. 3. Juli 1922 in Graz.

Veröffentlichungen u. a.: Nietzsches Philosophie des Menschlich-Allzumenschlichen, Tübingen 1948; Soziologie. Geschichte ihrer Probleme, Freiburg/Br. 1952; USA: Motive und Strukturen, Stuttgart 1958; Was heißt politisch unmöglich?, Zürich 1959; Umgang mit Völkern: Amerikaner, Nürnberg 1961; Die Soziologie und die Gesellschaften, Freiburg/Br. 1964; Der Neid. Eine Theorie der Gesellschaft, Freiburg/Br. 1966.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

888-57166
7. September 1966

Der Nationalismus in der Dritten Welt

Kein Mensch wundert sich heutzutage, wenn Journalisten und Politiker ebenso wie Staatsrechtler und Soziologen politische Begriffe, die bei uns in Europa entstanden sind und unsere europäischen Verhältnisse widerspiegeln, ohne kritische Scheu auf die Verhältnisse der Dritten Welt anwenden. Wir sprechen z. B. vom ghanaischen Volk oder vom ceylonesischen Volk — und tun so, als ob es sich dabei um ein Sozialgebilde gleicher Art wie das italienische oder ungarische Volk handelte. Man stellt den afrikanischen oder arabischen „Nationalismus“ als legitimen Erben des europäischen Nationalismus des vergangenen Jahrhunderts dar *).

Diese Begriffsübertragung ist durchaus unzulässig; denn wir versuchen auf diese Weise, die fremde Wirklichkeit mit ungeprüften und, wie ich glaube, untauglichen Begriffsinstrumenten einzufangen. Seit den Tagen von Vasco da Gama haben die Forschungsreisenden auf die sich aus solchem Mißbrauch ergebenden Sichtverschiebungen hingewiesen. Sie haben an ernsten und heiteren Beispielen illustriert, daß Staat nicht gleich Staat, König nicht gleich König, Moral nicht gleich Moral ist, weil sich unsere staatsrechtlichen und moralischen Vorstellungen, Begriffe und Imperative von den in fremden Gesellschaften gebräuchlichen oft grundlegend unterscheiden. Wir entrüsten uns etwa über Polygamie, aber diese Institution bedeutet unter fremden gesellschaftlichen Verhältnissen etwas ganz anderes als bei uns. Wir tadeln Grausamkeiten, aber es handelt sich dabei um religiöse Prak-

Unzulässige Begriffsübertragungen

tiken, die den Betroffenen gar nicht als grausam erscheinen. Die Ethnologen haben das Problem kritisch-vergleichend studiert, die Geschichtsphilosophen ihre relativistischen Folgerungen daraus gezogen, die Romanciers darüber amüsierte Betrachtungen angestellt. Die unkritische Begriffsübernahme aber ist weiterhin an der Tagesordnung.

Betrachten wir nach dieser allgemeinen Vorbemerkung genauer den Begriff Nationalis-

Helmut Schoeck:

Die nationale Idee in den USA S. 15

mus, der bei den jungen Völkern Asiens und Afrikas, wenn meine Beobachtungen und Deutungen zutreffen, anderen Wesens und anderer Art ist als in Europa; denn er entspringt Kräften und Vorstellungen, die in Europa zu keiner Zeit Geltung besessen haben.

Der europäische Nationalismus läßt sich — trotz der Unterschiede etwa in West- und Osteuropa — auf drei Komponenten zurückführen, die, wenn auch von Fall zu Fall verschieden stark akzentuiert, doch überall auftreten: nämlich die territorialstaatlich-dynastische, die sprachlich-volkstumsmäßige und die liberaldemokratische Komponente. Wir wollen die drei sich daraus ergebenden Aspekte kurz analysieren, zuerst also die Komponente Staat—Souveränität.

Elemente des europäischen Nationalismus

Fast alle europäischen Nationen haben sich um eine Dynastie herum kristallisiert. Der Herrscher — in jenen Zeiten, dem 16. und 18. Jahrhundert, der Fürst geheißen — hat den Staat aufgebaut: seine Souveränität definiert,

sein Territorium abgegrenzt, seine Bewohner unter ein einheitliches Gesetz gezwungen. Er entmachtete die lokalen Potentaten, mediatisierte ihre Hoheitsrechte, faßte die versprengelten Besitzungen zusammen, die er ererbt hatte, eroberte Enklaven, tauschte Exklaven, erheiratete Nachbarländer, arrondierte die Grenzen zu einem geschlossenen Territorium.

*) Eine genauere Darstellung der hier erörterten Fragen findet sich in dem Buch des Verfassers „Der Fluch der Freiheit“, Oldenburg 1963.

Kurz, es vollzog sich im wechselnden Kriegsglück eine Art Flurbereinigung im politischen Größenmaßstab. Die Angehörigen der neuen Staaten, die sich vorher nur den quergeschichteten Ständen und universal organisierten Körperschaften zugehörig fühlten, wurden in das neue, zentralistisch geäderte Kraftfeld eingesaugt. Sie lernten erst, sich der Dynastie gegenüber loyal zu verhalten, später den Staat selbst als ihre seelische Heimat zu empfinden.

Die Grenzen, auf die hin sich die neuen Territorialstaaten ausdehnten, waren nicht zufällig, sondern im wesentlichen durch die Sprachgemeinschaften vorgezeichnet. Natürlich ergaben sich, wenn man so sagen will, mancherlei historische Regiefehler und politische „Irrtümer“. Es entstanden mehrsprachige Staaten, wie die Schweiz oder Belgien, deren Angehörige sich als zusammengehörige Nation zu fühlen lernten. In manchen umstrittenen Grenzgebieten siedeln bis auf den heutigen Tag Bevölkerungsgruppen mit einem — sagen wir — schwankenden Nationalgefühl: ihre Solidarität richtet sich jeweils nach dem Ausgang des letzten Krieges. Aber im wesentlichen gliedert sich doch Europa, wie es insbesondere nach 1919 auf die Karte gezeichnet worden ist, nach Sprachgemeinschaften auf.

Diese Entwicklung basiert auf einer bestimmten Philosophie. Sie stellt das zweite Element des europäischen Nationalismus dar.

Jede Sprachgemeinschaft, die im Laufe von Jahrhunderten zusammengewachsen und in ihrer eigentümlichen Weise geprägt worden ist, stellt danach eine historische Individualität irreduzibler Art dar; Ranke nannte sie „unmittelbar zu Gott“. Sie ist fortgediehen nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten und dazu bestimmt, im gleichen Sinne weiter zu

wachsen. Der historische Auftrag jeder neuen Generation besteht darin, das von den Vätern ererbte Kulturgut, das sich in der Weltsicht und den Künsten, in Recht, Sitte und Lebensform entfaltet, zu bewahren, in der Anpassung an die Gegenwart lebendig zu erhalten und den Kindern und Enkeln unbeschädigt weiterzureichen.

Diese romantische Idee vom Volksgeist, vom „*esprit des nations*“ hat dem europäischen Nationalismus seine ästhetisch-kulturelle Färbung und seine metaphysischen Obertöne verliehen.

Es kommt nun noch ein drittes Element hinzu. Die Angehörigen der in Bildung befindlichen Nationen wollten ihren Staat nicht nur als Verkörperung der Souveränität und als Träger des Kulturerbes erleben, sie wollten sich nicht nur vom Volksgeist innerviert und vom Fürsten repräsentiert wissen, sondern sie strebten danach, sich mit dem Staat selbst zu identifizieren, das heißt, an der Führung der Staatsgeschäfte teilzunehmen. Hier liegt die letzte, die demokratische Wurzel des europäischen Nationalismus.

Die Untertanen wünschten, Bürger zu werden, das heißt ihr Schicksal im Rahmen des Staates und das Schicksal des Staates innerhalb der Staatenwelt mitzugestalten. Die Erkämpfung von Rechten und Freiheiten, die von den Ständen und Bürgern der Krone abgetrotzt werden, füllt die Verfassungsgeschichte der europäischen Staaten. Diese Forderungen zielen, so verschiedenartig sie im einzelnen auch sind, alle auf dasselbe ab: Staat und Volk sollen eins werden. Die Nation soll danach — wie sich Ernest Renan ausdrückt — als ein „*plebiscite de tous les jours*“, als das tägliche Bekenntnis der Bürger zu dieser Gemeinschaft erscheinen.

Kein historisch gewachsenes Staatsgefühl in der Dritten Welt

Das sind also die drei Komponenten, aus denen der europäische Nationalismus zusammengewachsen ist, denen wir aber nicht in der farbigen Welt begegnen. Wir wollen das im einzelnen darstellen.

Im Gegensatz zu den europäischen sind die neuen Staaten nicht in langsamem und organischem Werden zusammengewachsen — Stück um Stück durch tüchtige, listige oder glückliche Herrscher erobert, erheiratet, erkauf oder ererbt —, sondern durch Machtspruch

von außen gegründet worden. Ihre Existenz beginnt mit einem Verwaltungsdekret der Kolonialmacht, die die eroberten oder ihrem Schutz anvertrauten Gebiete von einem Tag zum nächsten als Einheit behandelt. Der Prozeß der Staatswerdung dauerte meist nur wenige Jahrzehnte.

Darum entbehren diese Staatsgebilde der vielfältigen inneren Verstrebnungen und Verflechtungen, die den europäischen Staaten ihre Stabilität und historische Stand- und Wetterfestig-

keit verleihen. Die Bewohner konnten in der Kürze der Zeit nicht jenes historische Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit, nicht jenes Staatsgefühl entwickeln, das den europäischen Staaten im Laufe der Jahrhunderte eigen geworden ist.

Natürlich sind die Unterschiede des Nationalgefühls und des Nationalismus der verschiedenen jungen Völker erheblich. Um einige Beispiele zu nennen: Ägypten ist — obschon jahrhundertlang unter Fremdherrschaft stehend, erst unter arabischer, dann unter türkischer, schließlich unter britischer — ein seit Jahrtausenden in sich gefestigtes, territorial umgrenztes Gebilde mit einer entsprechenden historischen Selbstdeutung. Die meisten Staaten des schwarzen Afrika hingegen sind erst in unserem Jahrhundert von den europäischen Mächten auf die Landkarte gezeichnet worden — übrigens ursprünglich durchaus wider Willen der Kolonisatoren, die nur Verwaltungsgrenzen zu ziehen, keineswegs als künftige Staats- und Nationsgründer sich zu betätigen vorhatten. Der schwarze Nationalismus ent-

behrt darum aller historischen Wurzeln und ist wesentlich zukunftsgerichtet. Auf dem indischen Subkontinent wiederum herrschten kulturelle und religiöse Zusammengehörigkeiten. Als Nation — oder richtiger: Nationen — lernten sich die Bewohner dieses Riesenreiches erst in dem Augenblick zu deuten, als sich jüngere Intellektuelle in der Auseinandersetzung mit Europa auf ihr traditionelles Erbe besannen und sich gegen die Fremdherrschaft zur Wehr setzten.

So groß diese Unterschiede untereinander nun auch sind, aus historischer Optik gesehen ist den meisten neuen Nationen die staatliche Einheit von den Fremden vorgegeben, ja gleichsam aufgezwungen werden. Anders als die europäischen Nationen sind sie nicht um eine innere Gemeinsamkeit, also in erster Linie die Sprache, zur Einheit zusammengeschlossen, sondern haben ihre Identität im Kampf gegen die — plötzlich als solche empfundene — Zwingherrschaft der weißen Eindringlinge gefunden und definiert.

Der Faktor Sprache

Welche Bedeutung dieser Besonderheit zukommt, läßt sich mit größter Deutlichkeit an dem Integrationsfaktor Sprache veranschaulichen.

Im Unterschied zu den Verhältnissen auf dem europäischen Kontinent sind die Sprachgrenzen in der Dritten Welt keineswegs mit den Nationalgrenzen kongruent. Das lehrt ein kurzer Blick auf die Landkarte. In den arabischen Staaten zwischen Atlantik und Persischem Golf wird überall arabisch gesprochen; Ausnahmen bilden residuale Enklaven (kabylich) und regionale Einsprengsel (kurdisch, hebräisch). Die arabische Sprache, in der der Koran geschrieben ist, begründet also eine Religions- und Kultureinheit, nicht wie bei uns die staatliche Einheit. Die religiöse Gemeinsamkeit aber bildet für die Araber nur eine verhältnismäßig schwache Klammer, denn der Islam greift weit über die arabische Welt hinaus. Mehr Nicht-Araber (von Persien und Pakistan bis nach Indonesien) als Araber bekennen sich zur Lehre des Propheten.

Die asiatischen Länder sind umgekehrt sprachlich bunt gegliedert; übergreifende Einheitsfaktoren bilden außer der administrativen

die zivilisatorische und religiöse Zusammengehörigkeit. In dem indonesischen Reich der 3000 Inseln werden 17 Sprachgruppen gezählt — mit 25 Hauptsprachen und 250 Dialekten. In Indochina finden neben dem Vietnamesischen zahlreiche Mon-Khmer-Sprachen und außerdem viele indonesische Dialekte Verwendung. Burma hat mit der Landessprache Burmesisch eine Hauptsprache, die von der größten Zahl der Einwohner gesprochen wird, daneben werden aber von kleineren Gruppen (zwischen 1 000 000 und 1000 Menschen) andere asiatische Sprachen benutzt; Thailand hat eine Einheitssprache mit Minoritätseinsprengseln. In dem riesigen Indien werden etwa 200 (davon zwölf größere) Volkssprachen mit 800 Dialekten gezählt.

Am buntesten ist die afrikanische Sprachlandschaft. Selbst in den kleinsten Territorien werden Dutzende von Stammesidiomen verwendet, und umgekehrt durchschneiden die Territorialgrenzen zusammengehörende Sprach- und Volkstumsgruppen. Insgesamt werden im schwarzen Afrika 500, anderen Forschungen zufolge 700 verschiedene Sprachen gesprochen, die Mundarten nicht mitgerechnet.

Versuche zur Überwindung des Sprachenwirrwarrs

Auf diese „Herausforderung“ des Sprachenwirrwarrs reagierten die einzelnen Staaten auf verschiedene Weise. Indonesien führte — gleichsam durch Verwaltungsdekret — eine aus dem Malaiischen fortgebildete Kunstsprache ein, die als neutrale Amts- und Verkehrssprache dienen und schließlich den Kristallisationspunkt der werdenden Nation abgeben soll. In gewisser Hinsicht ähnelt dieser Vorgang der Einführung des Iwrit (des modernen Hebräisches) als Amts-, Volks- und Umgangssprache des neugegründeten Staates Israel. Doch ist Israel ein Einwanderungsstaat, in dem „die Eltern von ihren Kindern deren Muttersprache erlernen“ müssen. In Indonesien müssen genauso wie in Israel große Teile der Bevölkerung auf ihre angestammte Sprache verzichten, um nun allerdings nicht die traditionelle, im Religiösen verwurzelte, sondern eine artifizielle Sprache zu übernehmen.

Die Inder haben sich für eine autochthone Nationalsprache entschieden, nämlich Hindi, das etwa 100 von den 450 Millionen Indern sprechen, das allerdings eine Sprache mit relativ armem, den Erfordernissen der modernen Wissenschaft und Technik nicht entsprechendem Wortbestand ist. Jedoch ist der entsprechende Artikel der Verfassung wegen der anhaltenden schweren Sprachenkonflikte bisher noch nicht in Kraft gesetzt worden, und es sieht auch nicht so aus, als ob das in absehbarer Zeit geschehen könnte. Die Regionalisten bekämpfen im Namen der einheimischen Sprachen die Einführung des Hindi und empfehlen die Beibehaltung des Englischen als auxiliärer Amts- und Verkehrssprache. Die Pro-Hindi-Fraktion hingegen bekämpft die fremde Sprache. „Englisch ist ein Symbol der Sklaverei“, rief kürzlich ein Politiker im Parlament aus, „Indien kann nicht als frei bezeichnet werden, solange die gegenwärtigen Sprachverhältnisse nicht geändert werden.“

Die Regierung versucht Zeit zu gewinnen und erklärt, es sei weder ihre Aufgabe noch ihr Wunsch, einheimische Dialekte durch die englische Sprache zu verdrängen. Die Sprachsituation bleibt also verworren und fließend. Macaulays Entscheidung von 1835, die Bemühungen der Ostindischen Kompanie mit Sanskrit und Arabisch aufzugeben und statt dessen Englisch als Sprache der gebildeten Inder einzuführen, ist noch für die Gegenwart maßgebend.

Die neuen afrikanischen Länder schließlich haben auf die Verwendung der vorhandenen Verkehrssprachen (Hausa, Kisuaheli etc.), die von Millionen Afrikanern als Muttersprache und als zweite Sprache benutzt werden, verzichtet und sich ausnahmslos für die von den Kolonialherren importierten europäischen Sprachen entschieden. Nach dem Willen der neuen Eliten sollen sie den Staaten als Integrationsfaktoren und zugleich als Vehikel der Kulturvermittlung dienen. In dem höher ausgebildeten Medium des Englischen oder Französischen sollen die Afrikaner lernen, sich in die moderne Weltzivilisation einzutüben und den Kulturstandard der entwickelten Völker zu erreichen. Gleichzeitig sollen sie sich um die Sprache national zusammenschließen, was gleichbedeutend mit der Überwindung der Stammespartikularismen ist. Ibos und Jorubas werden sich, so hofft man, im Englischen als Nigerianer fühlen lernen, Ashanti- und Fantistämme als Ghanaer. Es entstehen also Nationen ohne Sprache, Fremde von Nationen, die sich in einer fremden, übernommenen Sprache verwirklichen — ein Kuriosum ohne gleichen.

Welch schier unüberwindliche Integrationschwierigkeiten sich ergeben, zeigen gegenwärtig die Verhältnisse in Nigeria. Das labile Gleichgewicht, das bei der Gründung des Staates zwischen den zahlenmäßig überlegenen Hausa-Stämmen im Norden und den entwickelteren Bewohnern der südlichen Landesteile mit ihren verschieden geprägten Verhaltens-, Glaubens- und Lebensformen errichtet wurde, ist in einer Serie von stammesmäßig inspirierten Aufständen und Militärputschen so gründlich erschüttert worden, daß die Einheit des Bundesstaates selbst gefährdet erscheint. Der von den Engländern geschaffene politische und gesellschaftliche Rahmen, innerhalb dessen die englisch gebildete und englischsprachige Oberschicht die Stämme einigen sollte, ist der äußersten Belastungsprobe ausgesetzt.

Im ganzen gesehen befestigen jedoch die afrikanischen Staatsmänner mit ihrer Sprachenpolitik die bestehende Ordnung. Die importierten Landessprachen überformen die Sprachenvielfalt der Stämme, zersetzen damit gleichzeitig die alte Stammesgliederung und konsolidieren die neuen Staaten. Insoweit entspricht diese Politik den historischen Erfordernissen der Stunde.

Gleichzeitig aber ist sie durchaus paradox. Denn gegen nichts protestieren die Nationalisten Afrikas und ebenso des Mittleren Ostens und Südasiens erbitterter als gegen die Entwicklung, die sie selbst als Balkanisierung bezeichnen. Sie klagen die Imperialisten und Ne imperialisten der Divide-et-impera-Politik an; sie hätten die einheimischen Bevölkerungen in Besatzungszonen eingesperrt, um sie gegeneinander auszuspielen — ein Stück vom kolonialen Kuchen gegen das andere. Sie hätten die Dritte Welt zu einem buntscheckigen Durcheinander kleiner, eifersüchtig einander bekämpfender und daher leicht zu beherr-

schender Zwergstaaten gemacht. Die neuen Völker aber bildeten größere Einheiten und strebten nach einem panarabischen, panafrikanischen usw. Zusammenschluß. Gerade diese Zusammenschlüsse aber behindern die Sprachenpolitik, die die jungen Nationen selbst befolgen.

Das Sprachendilemma tritt gewiß nirgendwo in so radikaler Form auf wie in dem stammesmäßig zerklüfteten Afrika; doch befinden sich auch die meisten und die größten asiatischen Nationen (Pakistan, Indien, Indonesien) in vergleichbarer Lage.

Wenn man darüber nachdenkt, welche Formen sich aus der zwiespältigen Sprachsituation ergeben werden, so kann man sich nur schwer mancher Befürchtungen erwehren. Man ist dabei nicht auf Spekulationen angewiesen, sondern kann sich vielmehr auf historische Erfahrungen stützen. Wir brauchen dazu nicht tief in die Vergangenheit zurückzusteigen. Die Herausbildung der europäischen Nationalsprachen aus den Stammesidiomen und dem Lateinischen mag Parallelen zur heutigen Situation aufweisen; ein Vergleich läßt sich doch angesichts der ungleichartigen Entstehungsbedingungen schwerlich mit Nutzen ziehen. Hingegen ist es möglich, auf die Entwicklung in Staaten wie Liberia oder Haiti hinzuweisen. Diese beiden Länder haben ihre Unabhängigkeit bereits vor anderthalb Jahrhunderten errungen und ihre Nationalität im Englischen bzw. Französischen zu verwirklichen gesucht — wie es heute die jungen Staaten tun. Der Erfolg dieser Unternehmungen war nicht ermutigend, denn noch heute, nach mehreren Generationen, werden die fremden Sprachen nur von einer Minderheit als Muttersprache empfunden, die Massen sprechen ihre Stammesidiome. (In Haiti: Creolisch, eine wenig entwickelte Mischsprache aus einem im 17. Jahrhundert gesprochenen nordfranzösischen Dialekt, Spanisch, afrikanischen Stammessprachen und indianischen Worten.) Die Sprache begründet also weniger die nationale Integration, als sie die Nation in zwei deutlich voneinander geschiedene Klassen aufspaltet. In Haiti beanspruchen Mischlinge mit hellerer Hautfarbe traditionellerweise eine hervorragende Stellung in der Gesellschaft und das Monopol der Regierungsposten; in Liberia bil-

Gefahr der geistigen Heimatlosigkeit

den die sogenannten Americo-Liberianer, die Nachkommen der aus den USA ein- bzw. rückgewanderten Neger, eine Elite, die über die rückständigen Stämme im Hinterland die selbstverständliche Oberherrschaft ausüben. Erst unter Duvalier bzw. Tubman werden neue Wege in Richtung auf die Integration der Nation eingeschlagen.

Diese Entwicklung darf freilich nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen werden; denn es ist bekannt, daß die politischen und sozialen Verhältnisse sowohl in Liberia wie in Haiti während der zurückliegenden Periode alles andere als erfreulich oder fortschrittlich waren (beide Länder halten den Rekord an Analphabetentum im karibischen bzw. westafrikanischen Raum). Immerhin werfen diese Entwicklungen ein Licht auf die Gefahren, die den Nationen ohne Sprache drohen. Wir wollen in diesem Zusammenhang nur auf zweierlei hinweisen. Erstens klagen viele Angehörige dieser Nationen heute (ohne einen Wandel für die nächste Zukunft vorauszu- sehen) über die geistige Heimatlosigkeit, der sie sich ausgesetzt wissen. Wenn sich ein Nigerianer auf Englisch äußern muß, wird er dann nicht zum Gefangenen der englischen Sprache? Wird das ihm aufgezwungene Ausdruckskorsett nicht seine Aussage vergewaltigen? Sprache ist ein geprägtes Ganzes und existiert vor den einzelnen Menschen, die sie benutzen. In dem System von Worten, Begriffen, Redewendungen, grammatischen und syntaktischen Regeln speichern sich Wissen und Weisheit, Träume und Erlebnisse einer Jahrhunderte überspannenden Menschengemeinschaft auf. Der einzelne, der in die Sprache hineinwächst, wird durch sie geprägt. Er

kann nur den in der Sprache vorgebahnten Denkwegen folgen. Er kann sich nur mit den in ihr vorgebildeten Begriffen der Welt bemächtigen und im Leben zurechtfinden. Er kann sich nur die von ihr erschlossenen Gefühls- und Wertwelten aneignen. Es ist, wie Stefan George einmal über den Wanderer in fremde Sprachlande gedichtet hat, der sich verblich bemüht, in der Heimat von den Wundern der Ferne zu künden:

„So lernt er traurig den Verzicht,
Kein Ding ist, wo das Wort gebricht.“

Für den Afrikaner oder Inder, der sich der europäischen *lingua franca* bedient, gebricht es an dem eigenen Wort, das seine Dinge — Erfahrungen und Widerfahrnisse der Menschengemeinschaft, der er angehört — ausdrückt. Er übernimmt eine fremde Sprache, mit der fremden Sprache zugleich aber eine fremde Seele, einen fremden Geist, eine fremde Art. Er wird gleichsam gezwungen, in eine fremde Haut zu kriechen. Zwischen seinem Inneren und seinem Ausdruck steht immer das fremde Sprachmittel, oder, wie es Sartre einmal formuliert hat: bis in die geheimsten Zusammen-

Bastardisierung der angenommenen Sprache

Was nun die Völker angeht, die sich in der fremden Gemeinsprache ausdrücken lernen müssen, so ergibt sich für sie eine zweite, wohl noch größere Gefahr. Sie besteht darin, daß eine auf diese unorganische, fast gewaltsame Weise eingeführte Sprache stets nur unvollkommen und beiläufig erlernt und dadurch verunzelt und bastardisiert wird — wie es bei dem sogenannten Pidgin-Englisch und dem *français petit nègre* schon geschehen ist. Man kann sich mit Hilfe solcher Sprachbrocken wohl im Alltag verständigen, ebenso wie man mit Esperanto jeden Geschäftsverkehr ermöglichen kann; aber man kann darin weder höhere geistige Zusammenhänge und Abstraktionen noch subtilere Gefühle und Vorstellungen zum Ausdruck bringen. Über den Niveauverfall des Englischen in Indien in den anderthalb Jahrzehnten seit dem Rückzug der Briten werden schon heute die bittersten Klagen geführt. Sprachforscher und Politiker gehen soweit, daß sie einen Zerfall des Englischen in mehrere Sondersprachen (Oxford-Englisch, Amerikanisch, Australisch, Indo-Englisch usw.) befürchten; doch könnte sich diese Lösung für die neu entstehenden Nationen als die auf die Dauer einzig glückliche erweisen.

künfte drängt sich, selbst wenn er abwesend ist, der Weiße als ewiger Mittler. Der Neger, der seine Polemik gegen die französische Überfremdung seiner Kultur auf französisch zum Ausdruck bringt, nimmt das, was er mit der einen Hand zurückweist, mit der anderen wieder an; er nimmt den Denkapparat des Feindes in sich auf.

Die Afrikaner klagen heute darüber, daß ihre Theaterstücke nicht in Ibadan oder Accra, sondern in London und Manchester aufgeführt, daß ihre Romane nicht in Brazzaville oder Abidjan, sondern in Paris veröffentlicht werden müssen, um zur Geltung und Wirkung zu kommen. Das ist gewiß ein wichtiger Gesichtspunkt; wichtiger aber ist, daß das, was sie schreiben, seinem Wesen nach englisch oder französisch inspiriert ist. Die europäischen Weltvölker haben viel an Glanz und Farbe, an Gefühl und Phantasie gewonnen dadurch, daß Angehörige fremder Zivilisation ihre Fühl-, Denk- und Wertungsweisen in ihre Sprachen haben einströmen lassen. Die Fremden aber sind ihrer Heimat dadurch entfremdet worden, daß sie in das fremde Sprachmilieu assimiliert worden sind.

Solange aber nicht neue, bestimmten Nationen zugeordnete Sprachen entstehen, werden sich Menschen und Völker eines verstümmelten Ausdrucksmittels nicht ohne Rückwirkung auf sich selbst bedienen können. Mit der Sprache werden sie selbst bastardisiert. Sie werden das Vermögen verlieren, ihrem eigenen Wesen angemessenen Ausdruck zu geben und dadurch günstigenfalls zu Kulturanhängseln fremder Völker herabsinken, ungünstigenfalls ihre kulturelle Individualität einbüßen. Aus einer weiteren historischen Perspektive betrachtet erscheint diese Gefahr, die Bastardisierung, für die betroffenen Völker als zumindest ebenso bedrohlich, wenn nicht bedrohlicher als die Balkanisierung.

Die Intellektuellen der Dritten Welt, die sich mit diesen Fragen intensiv und voller Beteiligung auseinandersetzen, verweisen dazu gern auf Amerika. Diese große Nation sei auch ohne eigene Sprache in einer geliebten, von außen importierten entstanden, gleichsam als Ableger. Das ist freilich richtig, doch hat in Amerika die Spracheinheit von vornherein bestanden. Die englischen Kolonisten haben immer den Ton angegeben, und noch heute rechnet man, daß die Bevölkerung der USA zu 55

bis 60 Prozent aus Nachkommen englischsprachiger Einwanderer besteht. Die fremdsprachigen Zuwanderer wurden in das englische Sprachmilieu individuell eingeschmolzen. Das Kind hörte auf der Straße, von den Nachbarn, in der Kirche die neue Sprache und wuchs mit ihr auf — was gleichzeitig eine Entfremdung von der elterlichen Sprache und von den Eltern selbst bedeutete. Der Sohn des Italieners wurde Amerikaner.

Nichts Vergleichbares kann in der farbigen Welt geschehen, denn in den Staaten ohne eigene Sprache gibt es keine vorgegebene

Spracheinheit, in die die neue Generation hereinwachsen könnte. Um aber aus der fremden Landessprache eine Muttersprache zu machen, müßte man beim utopischen Nullpunkt anfangen, auf einer linguistischen tabula rasa gleichsam, man müßte eine ganze Generation von ihren Eltern wegreißen und von Fremden erziehen lassen. Aber das ist natürlich unmöglich. Mit einem Wort: die übernommenen Landessprachen mögen dienlich sein, die staatsliche Einheit der neuen Länder zu konsolidieren, ihrer nationalen Einheit sind sie vorderhand nicht förderlich.

Die innere Ordnung der neuen Nationen

Das ist der zweite Unterschied zum europäischen Nationalismus. Kommen wir nun zum dritten Merkmal, zur demokratischen Legitimation der Nation. Die Nationalisten der Dritten Welt kämpften wohl um die Freiheit; aber darunter verstehen sie nicht Mitwirkung an der Staatsführung. Vielmehr kämpfen sie — jedenfalls bisher — einzig und allein um staatliche Unabhängigkeit. Die innere Staatsorganisation steht heute nicht zur Debatte. Ihr Ziel war nicht ein demokratisches Regime, sondern die Verjagung der Fremden. Die Parole lautete nicht „Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit“, sondern Dekolonisation. Sie kämpften nicht gegen den Absolutismus und die Willkürherrschaft der Obrigkeit, sondern gegen die Fremdherrschaft der Imperialisten.

Der farbige Nationalismus entspringt also anderen Wurzeln als der europäische, er zielt auf ein anderes Ziel und besteht aus anderen Elementen. Die beiden Bewegungen dürfen darum nicht als Phasen des gleichen Prozesses

angesehen, zumindest ihre Unterschiede nicht übersehen werden. So sehr diese Unterschiede zum europäischen Nationalismus einerseits zu betonen sind (angesichts der unkritischen Begriffsübertragung, von der wir anfangs sprachen), so sehr muß andererseits auf den Einfluß hingewiesen werden, den die europäische Präsenz auf den in der Bildung begriffenen Nationalismus der jungen Völker ausgeübt hat.

Im wesentlichen lassen sich drei Struktur-Elemente aufzeigen, die die weißen Kolonisatoren den abhängigen Völkern hinterlassen haben, als sie sich aus den Kolonien zurückzogen, drei soziale Form- und Aufbauelemente, mit denen sich die neuen Völker auseinandersetzen, die sie rezipieren, integrieren oder abstoßen mußten, nämlich erstens das Territorialprinzip, zweitens die Bürokratie und drittens die Demokratie. Betrachten wir diese drei Faktoren.

Importiertes Territorialprinzip

Als die europäischen Kolonisatoren — von der *sacra auri fames*, von romantischem Abenteuer Sinn und wissenschaftlicher Neugier getrieben und zugleich beseelt von grenzenlosem imperialistischen Machtstreben und der idealistischen Vorstellung einer zivilisatorischen Mission — sich an den Küsten der Weltmeere niederließen und die Kontinente unter sich aufteilten, fanden sie eine Welt vor, deren Ordnung von der ihrigen so grundlegend verschieden war, daß sie sie insgesamt als ein der politischen Ordnung entbehrendes, darum

rechtsfreies Gebiet ansahen. Seine Inbesitznahme stand nach der traditionellen europäischen Völkerrechtslehre (der übrigens auch die islamischen Staaten gefolgt waren) jedem Staat frei, der darauf seine Ordnung auszu dehnen gewillt war.

Als das entscheidende, wenn auch negative Merkmal der politischen Szenerie in den meisten Ländern von Übersee erschien den Kolonisatoren die Abwesenheit des Territorialprinzips. Es gab freilich Herrschaftsbereiche:

Häuptlinge, Sultane, Stammeskönige übten die Gewalt über ihnen unterstellte Bevölkerungsgruppen aus und fanden bei ihnen willigen Gehorsam. Sie sprachen Recht, leiteten Zeremonien und zelebrierten die kultischen Handlungen der Gemeinschaft, die zogen Steuern ein, führten Kriege und schlossen Frieden.

Ihre Herrschaftsbereiche waren jedoch nicht gebiets-, sondern stammesmäßig begrenzt, überschritten sich also räumlich. Gelegentlich überschichteten sie sich zu lehnsrechtlich gegliederten Ordnungen — mit Oberhoheiten, tribut- und leistungspflichtigen, aber sonst selbständigen Vasallen usw. Die Landkarte war infolgedessen, falls man sie damals hätte zeichnen können, bunt gesprenkelt, ein Durcheinander von kleinen und größeren Besitztümern, Ex- und Enklaven, wechselseitigen Abhängigkeiten.

Die Europäer haben anfangs nicht daran gedacht, die Welt, in die sie eindringen, umzugestalten. Sie fühlten sich dazu viel zu erhaben. Weder waren sie bestrebt, ihre Besitzungen zu innerlich kohärenten Einheiten zu machen, noch wollten sie die bestehenden Sozialbezie-

hungen zerstören oder durch europäische ersetzen. Die Kolonien wurden vielmehr als Reichsteile und demzufolge nur in ihrer funktionalen Abhängigkeit vom Mutterland als Rohstoff- und Absatzmärkte, Kompensationsgebiete, Stützpunkte usw. betrachtet.

Die Verhältnisse erlaubten den Kolonisatoren aber nicht, in dieser hoheitsvollen Distanz lange zu verharren. Wohl oder übel importierten sie vom ersten Augenblick an ein Strukturelement, das die neue Ordnung gleichsam automatisch aus sich hervortrieb: das Territorialprinzip und die dazugehörige Idee der Souveränität. Die in Besitz genommenen Gebiete wurden vermessen, ordnungsgemäß begrenzt und unter eine oberste Autorität gestellt, womit ein die ganze Welt umgreifender Prozeß zu Ende geführt wurde: die Aufteilung der bewohnten und unbewohnten Erde unter souveräne Herrschaftsgewalten. Die riesigen weißen Flecken verschwanden von der Landkarte. In den Schulatlanten war Ende des 19. Jahrhunderts fast der ganze Globus, wie es sich gehörte, in bunte Flächen aufgeteilt.

Bürokratischer Apparat gegen Stammesordnung

Aus der Souveränitätsidee leitete sich das zweite Element ab, das nach Übersee transportiert wurde — der rationale, auf Hierarchie und Aktenverkehr basierende Verwaltungsapparat.

Je mehr Europäer sich in den Kolonien ansiedelten, je größere Bedürfnisse sie entwickelten und je intensiver die Gebiete wirtschaftlich erschlossen wurden, um so dringender wurde eine funktionsfähige Bürokratie benötigt, um so weiter mußten ihre Befugnisse ausgedehnt werden. Man baute also Verkehrs- und Nachrichtenwesen aus, richtete eine sich auf kodifizierte Regeln stützende, nach rationalen Kriterien urteilende Justiz ein, deren

Entscheidungen voraussehbar und kalkulierbar waren, und etablierte schließlich, fast ohne dessen gewahr zu werden, alle Zweige einer modernen Verwaltung, von der Finanz über die Polizei bis zur Schule.

Auf welche Weise das aber auch geschah (administration directe oder indirecte) — der bürokratische Apparat erwuchs stets oberhalb der bestehenden Stammesordnung und ohne Verbindung zu ihr. Es ergaben sich zwei — anfangs miteinander konkurrierende — Lebenssysteme, von denen sich aber das moderne unaufhaltsam ausbreitete, während die Stammesordnung einem ebenso unaufhaltsamen Verkümmungsprozeß unterworfen wurde.

Territorialprinzip und Bürokratie assimiliert — Demokratie verworfen

Als drittes Strukturelement versuchten die Kolonialmächte den sich neu bildenden Staaten eine — ihrer eigenen Staatsordnung nachgezeichnete — demokratische Verfassung zu oktroyieren.

Was ist aus diesen drei aus Europa importierten Strukturelementen geworden? Hinsichtlich

des Territorialstaates befanden sich die Führer der neuen Staaten in der paradoxen Lage, ihn zugleich bejahen und verneinen zu müssen. Sie protestierten gegen die künstlichen, oft sinnlos-willkürlichen Grenzen, die ihnen hinterlassen worden waren, identifizierten sich aber mit den dadurch begründeten und deli-

nierten Staatsgebilden, an deren Existenz ihre eigene Karriere hing. Gleichzeitig suchten sie aber über den übernommenen Staat hinauszugehen: durch Revisionismus und Irredentabewegungen (z. B. Kaschmir), durch projektierte Zusammenschlüsse (Vereinigte Arabische Republik, Maphilindo — aus Malaysia, den Philippinen und Indonesien) oder durch Pan- und Reichsvisionen (Panafrika). Trotz dieser Ausgriffe auf Nachbars Land bleibt das Prinzip der territorialstaatlichen Einheit und Souveränität doch unangetastet.

Betrachten wir nun das zweite importierte Element: die Herausbildung eines bürokratischen Herrschaftsapparates. Die neuen Herren haben innerhalb der Grenzen ihres Landes die von den Kolonialmächten erst umrißweise einggerichtete Verwaltung ausgebaut, haben sie sich mit Geschick dienstbar gemacht und zur Zerschlagung der Konkurrenzautoritäten, zur Stabilisierung ihrer eigenen Herrschaft und zur Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in den Staat („national unity“) benutzt. Die lokalen Stammesgewalten waren schon während der Kolonialzeit in den Windschatten der Geschichte geraten, dadurch aus dem Spannungsfeld der Politik gleichsam herausgefallen und einer allmählichen Degradation unterworfen. Ihre äußere Politik schrumpfte auf den — meist sterilen — Dialog mit den Kolonialamt im Mutterland zusammen. Die künstliche Sicherheit, die ihnen dadurch beschieden war, lähmte ihre Kräfte. Es fehlten ihnen die Aufgaben, an denen sie sich hätten bewähren können. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit machten die neuen Herren dann kurzen Prozeß mit ihnen. Obschon die sogenannte Detribalisation noch keineswegs abgeschlossen ist, haben die Stammesfürsten (sofern sie sich nicht in der neuen Hierarchie einen Posten gesichert haben) alle Macht eingebüßt. Wer

sich nicht freiwillig in die neue Staatszucht fügte, wurde dazu gezwungen. Der neue Staat duldet keine anderen Götter neben sich.

Damit ist allerdings nicht gesagt, daß der souveräne Territorialstaat schon fertig aufgebaut und die Nation begründet ist; eher das Gegenteil ist der Fall. Weite Teile der Bevölkerung leben nach wie vor auf sozusagen staatsfreien Räumen. Der Arm der Exekutive reicht bei weitem nicht bis ins letzte Dorf. Doch ist die Herrschaft als solche fest begründet; die Gegner sind ausgeschaltet. Die Herren der ersten Stunde regieren — mit wenigen Ausnahmen — bis zum heutigen Tag; ihre Stellung und ihr Regime haben sich konsolidiert; ihre Souveränität ist fest gegründet. Die Verwaltung funktioniert, wenn nicht immer vorbildhaft, so doch genügend, um den Staat in Betrieb zu halten.

Man kann also resümieren: Die zwei genannten europäischen Strukturelemente sind bislang mit beachtlichem Erfolg übernommen und assimiliert worden. Anders steht es um das dritte. Wenige Jahre, ja oft schon Monate nach Erringung der Unabhängigkeit begannen die neuen Herren, die verfassungsmäßig festgelegte Staats- und Regierungsform umzumodellieren und ihren andersartigen Vorstellungen und Bedürfnissen anzupassen. Der Trend der Entwicklung weist dabei auf die autoritäre Führung hin. Fast überall — Indien stellt die einzige wichtige Ausnahme dar — wurde die Zentralgewalt gestärkt. Der Mann an der Spitze erwarb sich eine unanfechtbare, gelegentlich geheiligte Führungsstellung. Die Opposition wurde auf mehr oder weniger legale, mehr oder minder brutale Weise ausgeschaltet. Das demokratische Element hat also in der Dritten Welt keine Karriere gemacht, es ist vielmehr von den meisten jungen Völkern abgestoßen worden, es konnte demgemäß auch nicht zur Begründung der eigenen Nationalidee benutzt werden.

Der Weg zur Nation

Nachdem wir bisher den Nationalismus der Dritten Welt aus der Gegenüberstellung zu den gleichnamigen Entwicklungen in und den Importen aus Europa zu verstehen und zu definieren versucht haben, müssen wir jetzt jene Kräfte und Erscheinungen analysieren, die diesen Völkern spezifisch sind. Dabei stoßen wir auf folgenden Zusammenhang: Während die Nationen in Europa gleichsam vor

dem Nationalismus als Sprach- und Volkstumsgemeinschaften bestanden und nur den Begriff finden mußten, um in die nationale Existenz zu treten, müssen die afroasiatischen Nationen erst vom Nationalismus — also vom Begriff her — geschaffen werden. Die neuen Nationen sind, wie ein amerikanischer Gelehrter einmal in burlesker Übertreibung, aber treffend gesagt hat, von den Kolonialmächten buchstäb-

lich „erfunden“ worden. Richtiger ist allerdings zu sagen: sie sind von ihren gegen die Kolonialmächte revoltierenden Eliten erfunden worden. Jedenfalls sind sie erfunden, das heißt künstlich erzeugt worden; sie müssen im Laufe der nächsten Jahrzehnte oder Jahrhunderte erst noch zu vollen Nationen integriert werden. So sonderbar es klingt: nach der nationalen, nach der Unabhängigkeitsrevolution beginnt erst der Kampf um die Schaffung von Einheitsstaat und Nation. Charismatische Volksführer oder schlichte Offiziere, Obristen und Generale, die über ein paar gehorsame Regimenter verfügen, übernehmen dieses Werk und spiegeln die Vision Nation als Glücksprophetie an den Horizont der Zukunft.

Hierin liegt nun das Paradoxe, oder sagen wir neutraler: die besondere Eigenart der neuen Nationen. Prophetisch in der Idee, sind sie pädagogisch in der Praxis. Die neuen Herren müssen die auf dem Staatsgebiet wohnende Bevölkerung erst zu einem Staatsvolk machen. Es gilt, die für sich lebenden Menschen in das Netzwerk des Staates einzubeziehen, sie durch Rechte und Pflichten, Leistungen und Forderungen miteinander und mit den Behörden zu verflechten. Die Integration des Volkes ist die wichtigste Aufgabe nach der Staatsgründung.

Die Sozialingenieure, die sich dieser Aufgabe annehmen, beginnen ihr Werk damit, die alten Ordnungen zu zerschlagen. Sie wollen die Nation, die ihnen vor Augen steht, nach westlichem Vorbild aus gleichen und freien Individuen aufbauen, nicht aus in sich geformten und gegliederten Gemeinschaften. Also müssen sie die alten Stammes- oder lokalen Gemeinschaften aufbrechen, die Bevölkerung atomisieren, um sie erst dann in die neue nationale Ordnung zu integrieren. Das ist eine schwierige und schmerzhaft Operation. Den Menschen muß dabei buchstäblich die Seele im Leibe herumgedreht werden; der Ibo soll sich von einem Tag zum andern als Nigerianer fühlen lernen, der Singhalese soll aufhören, Singhalese zu sein und Ceylonese werden. Die Angehörigen der älteren Generation sind meist außerstande, diese innere Umkehr zu vollziehen.

Bei den letzten Wahlen vor der Gründung von Ghana zum Beispiel trat ein Häuptling Dr.

Nkrumah entgegen. Er wandte sich an die Zuhörer und rief: „Brüder, Männer von Ga — haltet zusammen, schließt die Reihen. Die Stadt Accra ist die eure. Ihr dürft also, ihr werdet es also nicht zulassen, daß ein Fremder sich an eure Spitze drängt, ein Mann wie jener Kwama Nkrumah, der nicht einmal zu eurem Stamm gehört.“ Der Häuptling konnte sich noch nicht als Glied der ghanaischen Nation fühlen, er war und blieb Angehöriger seines kleineren Stammes von Ga. Er hatte keinen Erfolg mit seinem Appell. Nkrumahs suggestive Parolen waren in jenen Tagen zugkräftiger. Die Idee des Nationalismus hatte die Massen erfaßt. Aber in den meisten farbigen Ländern, auch in Ghana selbst, empfinden noch viele Menschen, vor allem die Alten und die auf dem Land lebenden, in ähnlicher Weise wie der alte Häuptling. Es ergeht ihnen wie den Neapolitanern, die nach der Vereinigung Italiens den von Rom entsandten Beamten klagend entgegenriefen: „Ihr habt uns zu Fremdlingen gemacht in unserem eigenen Land.“

Die einfachen Menschen hängen am alten; sie sind träge, treu und lieben die Tradition. Aber ihr Widerstand läßt sich ohne Schwierigkeiten brechen. Zähere Verfechter der alten Ordnung sind die Privilegierten; denn sie verteidigen damit gleichzeitig ihre eigenen Interessen.

Gegen sie — die Häuptlinge, Onis und Obas in Afrika, die Emire, Paschas und Scheichs der arabischen Welt, die Rajas und Maharadschas von Indien — richten darum die Nationalisten ihre wütenden und erbarmungslosen Angriffe, und keiner von ihnen entgeht seinem Schicksal; ihre historische Stunde hat geschlagen. Die Nationalisten bleiben Sieger auf der ganzen Linie. Ihnen fällt dann auch die Beute zu — die führerlos gewordene Bevölkerung, die Menschen, denen, um es zu wiederholen, die Seele im Leibe herumgedreht werden muß. Diese Menschen sind ihren angestammten Herren entfremdet worden, sie haben an der Geltung der alten Werte zu zweifeln begonnen, lösen sich aus den überlieferten Bindungen. Sie lernen nun, sich über ihre Stammeszugehörigkeit erhaben zu dünken und als Vorkämpfer ihrer Nation aufzutreten.

Dieser Prozeß wird nun durch soziale Entwicklungen befördert: durch das Wachstum der Städte und durch den Aufbau von Massenparteien.

Städte und Massenparteien als Vehikel der Nationsbildung

Die Städte, die — mit wenigen Ausnahmen — europäische Gründungen sind, üben von Anfang an eine starke Anziehungskraft auf die benachbarten Stämme aus. Vor allem die jungen Menschen strömen herbei — angezogen vom Traum des schnellen Verdienstes und großen Glücks, berauscht von den Wundern der Zivilisation (dem Kino, dem Neonlicht), verführt von der freieren Lebensweise, die die anonyme Umgebung ermöglicht. Diese Menschenanhäufungen werden zu sozialen Mischkesseln, Personen, die einander „fremd“, das heißt durch keine Bluts- oder Stammesbindungen verpflichtet sind, lernen miteinander zu reden, zu arbeiten, auszukommen. Bald beginnen sie sich zu vermischen, zu heiraten, Familien zu gründen und verlieren dadurch ihr angestammtes Sozialbewußtsein. Aus Stammesangehörigen werden Stadtbewohner (keine Städter freilich, dazu fehlt ihnen die Verbundenheit mit dem kommunalen Leben), werden Partikel der unter proletaroiden Verhältnissen lebenden Massen.

Unter diesen mobilen Massen finden nun die neuen Herren ihre ersten und leidenschaftlichen Anhänger. Sie rufen sie auf zum Kampf

gegen die koloniale Unterdrückung, fixieren ihre freigewordenen, gleichsam auf Objekt-suche befindlichen Anhänglichkeits- und Loyalitätsgefühle und geben ihnen damit einen neuen Halt. Auf diese Weise entstehen eigene — für die Dritte Welt anfangs unbekannte — Gruppierungen: die politischen Parteien. Sie bilden das zweite Instrument zur Zerstörung der alten Ordnung.

Die Massenparteien (die nicht mit den Notabeln-Coterien von einst verwechselt werden dürfen) sind — in Anpassung an den imperialistischen Gegner — auf überregionaler Basis organisiert worden. Ein Netz von Ortsgruppen und Zellen breitet sich über das ganze Territorium aus. Alle Bewohner des Landes sollen aktiviert und zum gemeinsamen Kampf herangezogen werden. Die Führer der Parteien, oft charismatische Persönlichkeiten, versuchen, ihre Anhänger fest an sich zu ketten. Zu diesem Zweck lassen sie sie gern „unbedingten Gehorsam“ schwören. Die Parteigenossen werden damit aus dem alten Gesellschaftssystem herausgelöst. Wer sich der Parteidisziplin unterordnet, entzieht sich der Gewalt der Häuptlinge. Wer in die Partei eintritt, entfremdet sich dem Stammesverband.

Nationalgefühl als Ersatzreligion

Eins greift ins andere: die Stammesordnung zerfällt, die Städte wachsen, die Parteien bauen sich im Kampf gegen die Kolonialmacht auf. Alles wirkt zusammen, den neuen Staat zu konsolidieren. An diesem Punkt der Entwicklung schürzt sich aber ein neues Problem. Die aus den alten Ordnungen herausgelösten, heimat- und wurzellosen Massen werden durch die neuen Führer wohl mobilisiert und aktiviert, aber nicht in feste Gemeinschaften eingebunden. Denn Parteien sind Zweckverbände, keine Lebensordnungen; der Staat ist eine abstrakte Institution, eine Verwaltungsmaschine, keine menschliche Gemeinschaft. Partei und Staat können daher wohl die politische Heimat eines Menschen ausmachen, aber sie sind nicht sein Zuhause; der einzelne findet in diesen Sozialgebilden wohl Gesinnungsgenossen, aber nicht „Brüder“; er bekommt von den neuen Führern wohl Richtlinien für sein staatsbürgerliches und politisches Verhalten, aber keine Ratschläge für den Alltag, keine Weisungen, wie er sein Leben einrichten

soll. In diesen Leerraum tritt nun die Nation als ein Gebilde, das den Menschen auch emotional zu ergreifen, seine kollektiven Gefühle zu binden, seine Energie auf ein gemeinsames, als wertvoll erkanntes Ziel zu dirigieren vermag.

Welche Kräfte damit — zum Positiven oder Negativen — entbunden werden, vermögen wir heute zu Beginn dieses Nationalisierungsprozesses nicht zu sagen. Immerhin können wir einige Faktoren betrachten, die in die Zukunft wirken werden. Wir wollen uns auf zwei — entgegengesetzte — beschränken. Erstens: trotz aller Vehemenz hat der Nationalismus die europäischen Völker niemals in der Ausschließlichkeit beherrscht wie in der Dritten Welt. Die Spanier oder Engländer oder Italiener standen auch in der Hochzeit ihrer nationalen Selbstverwirklichung gleichzeitig in vielen anderen — einander überlagernden und miteinander konkurrierenden — Wert- und Gefühlssystemen. Der Spanier empfand sich niemals nur als Spanier, sondern auch als

Katholik, als Angehöriger des Abendlandes, als Diener der monarchischen Idee.

Der farbige Nationalist befindet sich in einer grundsätzlich anderen Lage. Die altüberlieferten Glaubensinhalte bedeuten ihm im allgemeinen nur noch wenig, meist überhaupt nichts mehr. Andere Bindungen hat er nicht. Darum bedeutet ihm das Nationalgefühl ungleich mehr als dem Europäer. Es ist für ihn zu einer Art weltlicher Religion geworden, zu einer Ersatzreligion ähnlichen Typus wie (wenn auch anderen Inhalts als) der Kommunismus. Die Anhänger sind Gläubige, die sich der neuen Lehre ohne Bedingung unterwerfen. Das Glaubensziel des Nationalismus — die Unabhängigkeit — erhält die Weihe eines Heilsgutes und gewinnt einen eschatologi-

Nationalismus in gemäßigter Form

Der andere weist in umgekehrter Richtung. Wenn man bedenkt, welchen tiefen Einbruch die Dekolonisation und Nationalisierung der farbigen Völker bedeutet — die Welt änderte ihr Gesicht! —, so muß es jeden unvoreingenommenen Betrachter wundernehmen, daß dieser Prozeß bisher in vergleichsweise sanften Formen abgelaufen ist. Gewiß wurde Unrecht begangen, gewiß ist Blut geflossen, gewiß haben wir von scheußlichen Terrorakten erfahren, gewiß hat es Krieg und Mord und Metzereien gegeben — dennoch im ganzen hat der neue Nationalismus nicht die Formen angenommen, die man mit Grund hätte befürchten können. Es haben keine Jagden auf die Weißen stattgefunden. Es sind keine Konzentrationslager errichtet worden (jedenfalls nicht Vernichtungslager des europäischen Typs). Es hat keine summarischen Gerichtsurteile, keine Kollektiverschießungen, keine Massenaustreibungen gegeben, kaum je sinnlose Zerstörungen, Plünderungen, Mord und Brandschatzungen, nicht einmal Massenenteignungen. Bodenreformen und Nationalisierungen erfolgten nach Gesetz und Recht und zumeist gegen Entschädigung. Man entgegnete nicht: die neuen Staaten seien auf die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Mutterländern und deren Unter-

stützung angewiesen. In Revolutionszeiten gelten solche Vernunftsüberlegungen nichts. Wenn Rausch und Raserei eine Gesellschaft erfassen, dann tanzen die Waschweiber um die „sainte guillotine“ die Carmagnole. Ermahnungen und Ratschläge verschlagen da nichts. Solche Leidenschaften sind aber nicht entfesselt worden. Die Folge davon war, daß die vielgeschmähten Imperialisten und Kolonialisten zum größten Teil ungestört auf ihren angestammten Plätzen bleiben konnten. Von denjenigen, die in einer ersten Angstreaktion nach Europa heimgekehrt sind, kehrten viele zurück, viele neue folgten ihnen.

Trotz Ausschließlichkeit ist der Nationalismus der jungen Völker also in vergleichsweise sanften Formen in Gang gekommen. Wir wagen noch nicht zu sagen, ob diese Eigentümlichkeit der Anfangsphase für den Nationalismus der Dritten Welt konstitutiv bleiben wird, zumal in den letzten Jahren sich eine beunruhigende Gärung geltend macht, wir nehmen den bisherigen Verlauf der Entwicklung aber als erfreuliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem ursprünglichen, in Europa entstandenen, aggressiven und intoleranten Nationalismus in unseren Begriff mit auf.

Die nationale Idee in den USA

Unersetzliche Rolle für Integration einer heterogenen Bevölkerung

Man hat sich daran gewöhnt, auf Grund der europäischen Geschichte seit der Französischen Revolution unter „Nationalismus“ eine gefährliche Übersteigerung, eine pathologische Überhitzung des an sich für die Existenz eines Staates notwendigen Nationalbewußtseins zu verstehen. Es fragt sich nun, ob wir mit einem bloßen Unterschied des Grades bei der Analyse aller heutigen Gesellschaften auf der Welt auskommen werden? Sollen wir den Begriff Nationalismus stets nur in einem abwertenden, kritischen Sinn gebrauchen? Das wird nicht immer leicht sein. Beispielsweise ist es seit etwa 1950 allgemein üblich geworden, den oft extremen Nationalismus der Entwicklungsländer, wenn nicht als eine Voraussetzung, so zumindest als eine notwendige Begleiterscheinung ihrer Aufwärtsbewegung zu begrüßen. Es gibt aber einige Ländertypen, bei denen die nationale Idee, das Nationalgefühl manchmal die Intensität des Nationalismus aufweist, bei denen aber doch wieder manche Züge des mitteleuropäischen Nationalismus der modernen Geschichte zu fehlen scheinen. Wir meinen die sogenannten Einwanderungsländer, also Staaten wie die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und neuerdings Israel.

Entscheidend für das Verständnis der Einwandererländer ist nun, daß hier nicht nur die Idee der Nation, sondern auch ein offensicht-

licher Nationalismus für die fortwährende Integration der heterogenen Bevölkerungsteile eine unersetzliche Rolle spielt. Wenn man sich fragt, welche Vorstellung es bewirkt hat, daß Millionen von Menschen, die buchstäblich aus aller Herren Länder nach Amerika eingewandert sind, sich als eine Nation empfinden, so bleibt als Antwort nur so etwas wie eine Ideologie der Nation.

So merkwürdig es auch klingen mag: Amerika, die Großgesellschaft mit rund 200 Millionen Einwohnern, verdankt heute, wie vor 175 Jahren, als es nur knapp vier Millionen waren, ihre innere Geschlossenheit, ihren bewußten Zusammenhalt, das umfassende Wir-Gefühl vorwiegend der Mikrostruktur dieser Gesellschaft. Es ist der auch heute noch ungebrochene, sich immer wieder neu erweisende spontane, intime Zusammenhalt unzähliger Kleinstgruppen in den Siedlungen und Gemeinden, aus dem sich für den einzelnen das Erlebnis des Eingeschlossenseins in die zunächst schier unüberschaubare große Nation ergibt. Das amerikanische Nationalgefühl ist also zu einem großen Teil Heimatgefühl, aber weniger ein geographisch lokalisierbares, als vielmehr ein sozialpsychologisches und offenes. Man steckt zwar immer in einigen kleinen Gruppen, weiß aber, daß an fast jedem anderen Ort des Landes die fast gleichen freundlichen, aufnahmebereiten nachbarlichen Gruppen auf einen warten.

Keine lokale Volkskultur

Von Anfang an, und erstaunlicherweise bis heute, ist das Nationalgefühl in Amerika an die Scholle gebunden. Ausdrücke der politischen Rhetorik wie „our soil“, „our native land“, „this land of ours“, grass-roots-Americanism, also Graswurzel-Amerikanertum, sind keineswegs bedeutungs- oder gefühlsleer geworden. Auch heute noch zittert der Politiker auf Bundesebene, in Washington, vor dem, was man eine grass-roots-Reaktion nennt: ein Aufbäumen des Volkszorns in entfernten

Wahlbezirken, das sich wie ein Präriefeuer, zunächst aus der Ferne kaum sichtbar, von Gemeinde zu Gemeinde fortpflanzt. Obwohl heute weniger als acht Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind — vor 50 Jahren waren es noch über 25 % —, ist die Mentalität des amerikanischen Volkes konkret dem Boden verhaftet geblieben. Allerdings fehlt in Amerika, verglichen mit älteren Ländern und Kulturlandschaften, die eigentliche echte Lokalkultur im volkskundlichen Sinne.

Es gibt fast nirgends eine ländliche Bevölkerung, die zu besonderen Anlässen in für ihre Gegend typischen Gewändern zur Kirche käme.

Es fehlt — von einigen wenigen Ausnahmen, meist religiöser Art, abgesehen — die landsmannschaftlich verankerte Volkskultur, die unter der Tünche der Standardkultur läge. Soziologisch hat das aber zur Folge, daß sich jeder Amerikaner, wo er sich auch befinden mag, bei einem Rückgriff aufs urtümlich Amerikanische auf Spiele, Tänze, Redensarten, Speisen, Stilformen usw. stößt, die überall in den USA möglich und verständlich sind. Wichtiger noch: selbst wenn seine Eltern erst vor fünfzig Jahren nach Kalifornien oder Oregon gekommen sind, so empfindet er das, was man 1776 oder 1812 an der Ostküste der USA, viele tausend Kilometer entfernt, getan hat, als seine Geschichte — Geschichte, die gemacht wurde zu einer Zeit, da der Boden, auf dem er heute lebt, überhaupt noch nicht zur Geschichte der USA gehörte. Besonders integrierende Einrichtungen sind auch bestimmte saisonmäßig ausgeübte Sportarten (Baseball oder Fußball), zu deren alljährlichem Beginn man sich fast wie an einem Nationalfeiertag an die Einheit

Nationale Symbole

Die Amerikaner konnten sich höchstens mit der ganzen Welt vergleichen, sich in Konkurrenz betrachten, und dies fing erst sehr spät in ihrer Geschichte an. Abgesehen von einzelnen Spezialvergleichen auf Einzelgebieten wie der Kunst lag es den Amerikanern immer fern, sich mit den Franzosen, Deutschen, Engländern oder Russen irgendwie zu vergleichen. Selbst der Wettlauf mit den Russen datiert erst vom Jahre 1957, dem Jahr des Sputniks. Das Typische und Gefährliche, das Unerfreuliche am Nationalismus europäischen Stils ist doch vornehmlich die Folge eines zu engen räumlichen Beisammenseins verschiedener Völker, die sich immer irgendwie von anderen bedroht oder majorisiert sahen.

Der Rechtsschutz, die Ehrfurcht, ja die tägliche Ehrerbietung, die der Amerikaner seinem Land, symbolisiert in der Fahne, angedeihen läßt, ist vielleicht die augenscheinlichste Verhaltensform, die man als nationalistisch bezeichnen könnte. Nicht nur wird jegliche Mißhandlung eines Flaggentuches bestraft, sondern die Schulkinder aller öffentlichen und privaten

der Nation erinnert. Beobachtet man die Unbequemlichkeiten, die auch sehr gebildete Amerikaner beiderlei Geschlechts auf sich nehmen, um diesen Veranstaltungen beizuwohnen, so vermutet man oft weniger eine Begeisterung für einen spezifischen Sport oder eine bestimmte Mannschaft, als vielmehr ein Bedürfnis des Eintauchens in ein Kollektiverlebnis nationaler Prägung. Von Katastrophen abgesehen, sind es bezeichnenderweise nicht so sehr ausgesprochen politische Ereignisse, die im Ablauf des Jahres den einzelnen mit der Nation verbinden, als gesellschaftliche und gesellige Anlässe. Es handelt sich also um ein Binnerlebnis gesellschaftlicher Solidarität, das zu seiner Realisierung keines sich Absetzens von anderen Nationen bedarf — ein Grund, weshalb man in Amerika national engagiert sein kann, ohne nationalistisch zu sein.

Die Amerikaner fanden sich nie in einer Wettbewerbssituation, wie sie andere Völker schon seit Jahrhunderten intensiv erlebt haben. Weder die Kanadier noch die Mexikaner, seine unmittelbaren Nachbarn, boten Anlaß zu Minderwertigkeitsgefühlen oder Ängsten. Beide fühlen sich eher vom riesigen Bruder in der Mitte überschattet.

Schulen beginnen jeden Schultag mit einer feierlichen Flaggenhissung und laut deklamierten Loyalitätsbezeugungen an die Fahne im Schulhof oder Klassenzimmer. Wer sich die Mühe macht, so lange aufzubleiben, bis die amerikanischen Fernsehsender ihr Programm beenden, wird jedesmal eine flatternde Fahne der USA in seine Träume mitnehmen, vor der, als Hintergrund, Formationen der amerikanischen Streitkräfte über den Bildschirm ziehen, zum Klang der Nationalhymne. Selbstverständlich sind alle diese Bezeugungen freiwillig. Die Bundesregierung könnte und würde diese Verhaltensformen nicht verlangen. Man tut es vielmehr, weil es sich so gehört.

„National“, national, war für die Amerikaner zur Zeit ihrer verfassungsgebenden Versammlung ein technischer, ein staatsrechtlicher Begriff. Für sein Gegenteil sagte man „federal“, föderalistisch. Es wäre aber wenigen eingefallen, die Vertreter des einen oder des anderen Prinzips für mehr oder weniger „amerikanisch“ bzw. patriotisch zu halten. Tatsäch-

lich hat das Wort „national“ bis heute in Amerika eher einen soziologisch beschreibenden als einen emotionalen Charakter. Man nennt einen Vorgang, eine Person, eine Firma als „auf nationaler Ebene“ bekannt oder funktionierend; am ehesten wäre das mit dem Ausdruck „auf Bundesebene“ zu vergleichen. Das

Spricht oder singt der Amerikaner allerdings von „seiner Nation“, dann kann der Begriff einen hohen Klang haben, bedeutet aber doch nicht mehr, als wenn er sagen würde „mein Land“; überhaupt ist der Ausdruck „my country“ oder „this country“ beim Amerikaner, wie bei den meisten Angelsachsen, fast wertvoller als der Begriff „meine Nation“.

Vermutungen über das Nationalbewußtsein, über nationalistische Gesinnungen und Gemütsverfassungen bei einem bestimmten Volk sind unbefriedigend, so lange nicht gesagt wird, welche Schichten, Bildungsgruppen, welche Autoren oder Komponisten sie aufweisen. Man müßte eher so fragen: Gibt es einen gemeinsamen Nationalismus, nicht nur ein verbindendes Nationalgefühl, der praktisch alle Amerikaner, vom Farmergehilfen bis zum Professor der amerikanischen Geschichte gelegentlich erfüllt? Es gibt solche Gemeinsamkeiten. Sie zeigen sich zum Beispiel, wenn Äußerungen fallen oder Ereignisse berichtet werden, die dem Amerikaner gegen den Strich gehen, die sein Gruppenzugehörigkeitsgefühl auslösen. Leitartikel der Provinzblätter und der Großstadtpresse können dann am gleichen Tag von einer verletzten Ehre der Nation schreiben. Es geschieht aber doch recht selten, und fast immer bemüht man sich, in einigen Blättern wenigstens, auch den Standpunkt des Kritikers zu würdigen.

Der Amerikaner hat vielleicht weniger einen Nationalstolz, sondern ist stolz auf seine Gesellschaftsform. Immerhin: Ehe man sich über einen manchmal beobachtbaren überempfindlichen, defensiven Nationalstolz, ein betontes Amerikanertum mokiert, sollte man sich fragen, ob nicht das unentwegte Gerede von einem Amerikanismus, dem sich Amerikaner in der Welt ausgesetzt sehen, einiges dazu beigetragen hat. Selbstverständlich können es die Amerikaner, so wenig wie irgendeine an-

Eigenschaftswort „national“ ist in Amerika praktisch ein neutraler, ein sachlicher Begriff geblieben. Man könnte beispielsweise die Wendung „nationale Begeisterung“ niemals durch eine wörtliche Übersetzung, etwa „national enthusiasm“, verständlich machen. Man würde eher „patriotisch“ sagen.

Stolz auf die Gesellschaftsform

dere Gruppe, vertragen, wenn das Ausland irgend etwas an Amerika zu einmütig verketzert. James Reston, der bekannte Publizist der New Yorker Times, meinte scherzhaft, aber doch besorgt, während des Präsidentschaftswahlkampfes von 1964 einmal, die Europäer würden es durch ihre einmütige Kritik an Senator Goldwater noch so weit bringen, daß ihn die Amerikaner Johnson vorziehen, gerade weil er von London bis Rom, von Zürich bis Moskau gleich laut abgelehnt wurde.

Es ist vielleicht überhaupt notwendig, einmal festzuhalten, daß viele sozialpsychologische und gesellschaftliche Erscheinungen, für die man Begriffe wie Nationalismus, Nationalgefühl, Nationalstolz und Patriotismus hat, bei allen Völkern und geschichtlichen Epochen und Konstellationen auftreten können. Es sind allgemeinmenschliche Reaktionsweisen, die man sogar experimentell in Gruppen aus beliebig zusammengewürfelten Personen hervorrufen kann. Wir können das in einem Gedankenexperiment prüfen: Passagiere aus sieben verschiedenen Ländern reisen auf einem Schiff, dessen Mannschaft aus einem achten Land kommt. Sie befinden sich auf einer Kreuzfahrt. In einem exotischen Hafen kommt dieses Schiff, nach einer Fahrt von einigen Tagen, mit den Schiffen dreier anderer Nationen ins Gehege; vielleicht ist es eine Frage, wer zuerst anlegen darf. Die Fahrgäste unseres Schiffes werden sich bereits so sehr als Wir-Gruppe, als auf ihr Recht pochende, eitle, stolze Gesamtgruppe betrachten, daß die ihnen an sich fremde Mannschaft des eigenen Schiffs auf jeden Fall im Recht erscheint.

Genau besehen gibt es keinen Nationalismus, sondern nur eine größere oder geringere Häufigkeit von ähnlichen Verhaltensweisen bei einzelnen Menschen, die man als eine Folge des Nationalismus auffaßt.

Keine nationale Engstirnigkeit

Zahlreiche Deuter der amerikanischen Szene haben einen gewissen Minderwertigkeitskomplex erwähnt. Die Amerikaner sind viel mehr als Einwohner europäischer Länder geneigt, von vornherein anzunehmen — und offen zu vermuten —, daß man dies oder jenes in anderen Ländern sehr viel besser mache als bei ihnen zu Hause. Das mag sich auf Kunst, Kochen, Schulen oder Verbrechensbekämpfung beziehen, aber das Erstaunliche dabei ist die Unbekümmertheit, mit der sie solche Vermutungen auch gerade Fremden gegenüber äußern. Diese Eigenart ist jedoch selten mit dem, auch nur hypothetischen Wunsch verknüpft, selbst in das andere Land auszuwandern. Man könnte ja doch nie, so glaubt er, die andere Sprache lernen. Man scheint auch nicht sehr tief erschüttert. Die Amerikaner können vielleicht deshalb ohne weiteres von

Angelsächsisches Gepräge

Die amtliche Statistik der USA über die Einwanderer, ihre Ursprungsländer usw. ist bis ins 20. Jahrhundert hinein, also gerade auch für die Periode der Masseneinwanderung, äußerst ungenau und lückenhaft. Immerhin geben einige Zahlen gewisse Anhaltspunkte für unsere Vorstellung: Im Jahre 1790, kurz nachdem die Republik gegründet worden war, erreichte die Bevölkerung knapp vier Millionen. Die meisten Siedler waren britischer Herkunft. Es gab eine Anzahl Deutsche, Iren, Holländer und noch kleinere Gruppen von Franzosen, Kanadiern, Belgiern, Schweizern, Mexikanern und Schweden.

Abgesehen von den Negern, die im Jahr 1790 nicht ganz 20 % der Bevölkerung der USA ausmachten, gab es keine anderen Volksgruppen. Die folgenden Zahlen für das Jahr 1790 sind nur Schätzungen: Danach gab es unter der weißen Bevölkerung 77 % Amerikaner britischer und nordirischer Abkunft, etwas über 7 % deutscher Herkunft, rund 4 % aus dem Gebiet des heutigen Irland. Holländischer Herkunft waren rund 3 %. Frankreich, Kanada und Belgien waren je mit 1 bis 2 % vertreten.

Wie bedeutend auch die späteren Nationalitätengruppen noch geworden sind, so waren doch alle Kenner der amerikanischen Kultur immer wieder beeindruckt, in welchem Grad

sich aus zugeben, daß ein Dutzend sehr wichtige Einrichtungen oder Verfahrensweisen in einem halben Dutzend Länder, wie sie vom Hörensagen wissen, besser getan werden als bei ihnen, aber sie sind nichtsdestoweniger froh, Amerikaner zu sein und möchten mit niemandem tauschen.

Man könnte daraus nun auf eine ungewöhnliche Ehrlichkeit der Amerikaner schließen, eine Fähigkeit, eigene Mängel und fremde Vorzüge anzuerkennen, ohne die Optik durch nationale Überheblichkeit, durch nationale Engstirnigkeit trüben zu lassen. Das dürfte weithin richtig sein. Es trägt viel zur Liebenswürdigkeit des Amerikaners bei und ist zweifellos auch ein Ergebnis seiner vielfältigen ethnischen, seiner pluralistischen Vergangenheit und Gegenwartsstruktur.

diese drei Millionen Angelsachsen, die bei der Gründung der Nation gelebt haben, dem amerikanischen Volk und seinen Lebens- und Gesellschaftsformen das Gepräge verliehen haben, das bis heute nicht verwaschen werden konnte. Als Ursache darf man zunächst einfach die Tatsache betrachten, daß die zuerst Gekommenen begrifflicher Weise die Verhaltensmuster schufen, die alle späteren als die praktischsten, die naturgegebenen anzusehen geneigt waren. Nicht zuletzt war die englische Sprache schon hundert Jahre vor der Verfassung, im Gemeindeleben der Puritaner in Neuengland, ein bewunderswert elastisches, vernünftiges, praktisches Instrument für die weitgehend friedliche Regelung des Zusammenlebens gewesen. Gerade am Beispiel Kanadas, das in den letzten fünf Jahren einen immer weitergehenden Separatismus der französisch sprechenden und fühlenden Kanadier erlebt, erweist sich, wie entscheidend es für die nationale Einheit der USA gewesen ist, daß Zweisprachigkeit verpönt war, ja geradezu verhindert worden ist. Zum Teil war der niedrige Bildungsstand der Einwanderer ein Grund für den raschen Verlust der Muttersprache. Mir sind verschiedentlich Amerikaner, nur 50 bis 70 Jahre alt, begegnet, die mit etwa 18 Jahren Deutschland oder Österreich verlassen hatten, jetzt aber kaum mehr Deutsch sprechen konnten.

In einer Gesellschaft wie der amerikanischen, in der es so sehr auf den guten Willen, die gute Meinung der Nachbarn ankommt, wo „Anderssein“ so gefährlich ist (oder zumindest gewesen ist), wäre es selbst für Eltern, die bei ihren Kindern eine zweite Sprache hätten erhalten wollen, kaum möglich gewesen, dies durchzusetzen. Es gehört auch im heutigen Amerika, das sehr viel weltoffener geworden

ist, noch viel Mut dazu, wenn Eltern, deren Muttersprache nicht das Englische ist, die eigene Sprache im Familienkreis pflegen wollen. In einer bestimmten Entwicklungsphase werden die eigenen Kinder das unweigerlich als einen Verrat an der amerikanischen Umwelt betrachten und gegen die Eltern rebellieren.

Die Schmelztiegeltheorie

Für die Intensität, mit der eine Anzahl von Menschen sich als geschlossene Einheit und anderen Gruppen überlegen fühlt, spielt die Theorie, die diese Menschen über die Natur ihrer Einheit besitzen, keine Rolle. Es wäre falsch zu glauben, nur eine Gruppe, die sich für reinrassig, für homogen, für gleichartig hält, sei nationalistischer Affekte fähig. Erstaunlicherweise können Menschen genau die entgegengesetzte Theorie ebenso übertreiben und zur Bekräftigung starker nationaler Gefühle verwenden. Dies ist ein Beleg von vielen für die Begabung des Menschen, sich die soziale Wirklichkeit über eine Theorie so zu rechtzubiegen, daß sie es ihm gestattet, seine kollektiven Gefühle als legitim zu erleben.

Zu einer Zeit, da die amerikanische Bevölkerung in Wirklichkeit noch zu 80 % aus Angelsachsen bestand, tauchte bereits die Vorstellung auf, dieser neue Mensch, der Amerikaner, sei ein neuartiges, einmaliges Produkt der Geschichte; er sei aus einem Schmelztiegel (melting pot) der Einwanderungen entsprungen. Lange bevor diese Schmelztiegeltheorie in Amerika zum Schlagwort der Historiker und Soziologen wurde, trifft man die Vorstellung bereits in leidenschaftlicher Formulierung bei einem romantischen Autor und Agrarkundler in New York an, der aus Frankreich eingewandert war. J. Hector St. John Crèvecoeur publizierte 1782 in London einen schmalen Band unter dem Titel „Briefe eines amerikanischen Farmers“, worin er schreibt: „Wer ist dieser Amerikaner, dieser neue Mensch? . . . Er ist entweder ein Europäer oder Abkömmling eines Europäers. Daher seine seltsame Blutmischung, die man in keinem anderen Land finden wird. Ich könnte eine Familie zeigen, deren Großvater Engländer, dessen Frau Holländerin war, dessen Sohn eine Französin heiratete, und dessen vier Söhne wiederum vier Frauen aus vier verschiedenen Nationen gehehlicht haben. Derjenige ist ein Amerikaner,

der alle seine früheren Vorurteile und Manieren zurückläßt und neue empfängt von dem neuen Lebensstil, den er angenommen hat, von der neuen Regierung, der er gehorcht, und vom neuen Rang, den er nun einnimmt. Er wird zum Amerikaner, indem er in den Schoß unserer großen Alma Mater aufgenommen wird. Hier werden Individuen aller Nationen in eine neue Rasse von Menschen zusammengeschmolzen, deren Wirkungen und Nachwirkungen einmal zu großen Veränderungen in der Welt führen werden.“

Und an anderer Stelle bezeichnet Crèvecoeur die Amerikaner als eine Mischung von Engländern, Schotten, Iren, Franzosen, Holländern, Deutschen und Schweden, eine mischfreudige Brut, wie er schrieb, aus der jene neue Rasse, nunmehr Amerikaner genannt, entstanden sei. Für den größten Teil des letzten Jahrhunderts praktizierte man in den USA eine nahezu schrankenlose Einwanderungspolitik, im festen Glauben, der Schmelztiegel werde auch aus heterogensten Elementen etwas für die Nation Wertvolles zu machen wissen. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts wurden aber auch Stimmen laut, die in der fortwährenden Einwanderung bereits eine Gefährdung des eigentlichen Amerikanischen erblickten: Es handelt sich um die nativistische Agitation. So entgegengesetzt beide Einstellungen gegenüber den aus anderen Ländern kommenden Menschen auch sind, für den Soziologen erweisen sie sich als sehr ähnlich.

Von der Überlegenheit des eigenen Landes sind beide überzeugt, sowohl der Optimist, der meint, der amerikanische Schmelztiegel werde unentwegt, aus welchen Elementen auch immer, die idealen Amerikaner produzieren, als auch der Pessimist, der meint, das einmal in Amerika Erreichte dürfe nicht durch weitere Einwanderungen gestört werden. An die unverwechselbare Eigenart des Amerikanischen glauben beide.

Immerhin nahm die nativistische Einwandererfeindschaft um die Mitte des 19. Jahrhunderts so häßliche Formen an, daß Ralph Waldo Emerson 1845 in sein Tagebuch schrieb: „Ich hasse die Engstirnigkeit der Native American Party . . . Gleich wie beim Brand des Tempels von Korinth aus dem Schmelzen und Vermischen von Silber, Gold und anderen Metallen eine neue Verbindung, wertvoller als jede zuvor, entstand . . ., so ist es auch auf diesem Kontinent, dem Asyl aller Nationen: die Energie der Iren, Deutschen, Schweden, Polen und Kosaken und all der anderen europäischen Stämme, der Afrikaner und Polynesier wird eine neue Rasse, eine neue Religion, einen neuen Staat, eine neue Literatur schaffen — die so lebensüchtig und kräftvoll sein wird wie die des neuen Europa, das aus dem Schmelztiegel des Mittelalters hervorging.“

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts legte der junge amerikanische Historiker Frederick Jackson Turner seine These von der westlichen Grenze vor, deren Erlebnis den Nationalcharakter, den amerikanischen Menschen, geprägt habe. Das einfache Leben, der Egalitarismus der Siedlungen im Westen habe als eine Art Schmelztiegel gewirkt. Von dem, was sich in den melting pots der östlichen Großstädte abspielte, hielt Turner wenig. Um 1900 aber errang das Theaterstück „Der Schmelztiegel“ großen Erfolg. Die Präsidenten Theodor Roosevelt und Wilson neigten beide der melting pot-Idee zu, obschon sie eine Vorliebe für die ersten Einwandererwellen nicht ganz verbergen konnten.

Seit 1930 etwa kam zunächst die Grenztheorie Turners zunehmend unter Kritik, je mehr man nämlich über das tatsächliche Le-

ben im Westen feststellen konnte. Aber auch die fast 150 Jahre alte Schmelztiegel-Theorie hielt der empirischen soziologischen Forschung nicht stand. So ergaben Untersuchungen über die Endogamie, die tatsächliche Heiratsziffer innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe, daß sie sich seit 1870 fast ungebrochen behauptet hätte: Bei der Gattenwahl, und vor allem bei ihrer Billigung durch die Verwandtschaft, gilt nach wie vor als normal, jemanden derselben Religion, derselben ethnischen Abkunft zu heiraten. Es gäbe also, wie es heißt, mindestens drei große Schmelztiegel, nicht einen. Darüber hinaus aber ist es auch kaum zu der erhofften und besungenen Durchdringung und Ergänzung der verschiedenen Gruppen gekommen. Vielmehr hat sich das Muster für die Nation, das bei ihrer Gründung am Ende des 18. Jahrhunderts vorlag, erhalten. Die verschiedenen Einwanderergruppen sind nicht mit den bereits Ansässigen in einem egalitären Schmelztiegel auf gleicher Ebene zusammengetroffen. Dem Blick der Soziologen bot sich eher — wie es einer formulierte — das Bild eines Eintauchens in ein unübersehbares Netz von Gruppen und Institutionen, das bereits endgültig geprägt war mit einem angelsächsischen und protestantischen Stempel.

Heutige amerikanische Kultursoziologen sind sich ziemlich einig in der Auffassung, daß das amerikanische Selbstbildnis nach wie vor bestimmt wird durch die „Mayflower“, John Smith, Davy Crockett, George Washington und Abraham Lincoln, also eine angelsächsische, protestantische Tradition, gleichgültig, ob es sich beim heutigen Amerikaner um einen Nachfolger der ersten Pilger oder der späteren Einwanderer aus Südosteuropa handelt.

Anschauliches Geschichtsbild

Dies ist nicht allein die Folge der Vorherrschaft der englischen Sprache, sondern auch, ganz allgemein, des menschlichen Bedürfnisses, geschichtliche und gesellschaftliche Abläufe stark zu vereinfachen. Man kann den amerikanischen Schulkindern am Anfang in ihren Büchern nur ein äußerst gerafftes Bild der eigenen Geschichte vermitteln.

Die ein Volk verbindende nationale Idee muß aus seiner Geschichte kommen. Wer nun etwa glaubt, Amerikaner hätten wenig Geschichte, erlebten sich ungeschichtlich, ginge an einem Kernstück ihres Bewußtseins vorbei. Von

Schuljahr zu Schuljahr und gerade schon in den ersten lernt er seine eigene Geschichte mit großem Ernst. Und diese läßt sich sehr viel besser für Kinder darstellen als die Geschichte der meisten anderen Völker.

Sie braucht nur wenig vereinfacht oder schematisiert zu werden, weil sie in Wirklichkeit eben schon sehr schematisch, zweidimensional abgelaufen ist: Man denke an die allmähliche Ausdehnung der USA nach Westen, bis der pazifische Ozean erreicht und seine Küste besiedelt war. Die amerikanische Geschichte beispielsweise der Jahre 1776 bis 1861 ist un-

gleich verständlicher, anschaulicher, innerlich logischer, wirklichkeitsgesättigter für jugendliche Köpfe darstellbar als die Geschichte Deutschlands oder Italiens in demselben Zeitabschnitt. Und wenn ein Amerikaner heute, gleich welchen Bildungsgrades und gleichgültig vor wie vielen oder wenigen Jahren seine Vorfahren ins Land gekommen sind, eine Feststellung mit dem Satz beginnt: „In unserer Geschichte ist es stets so gewesen ...“ so klingt das viel natürlicher, anspruchsloser und doch überzeugender als aus dem Munde eines Angehörigen der meisten anderen Völker der Erde.

In amerikanischen Schulbüchern für Geschichte und Geographie steht nicht im Vordergrund, welche Präsidenten und Könige lebten, als die oder jene Schlacht geschlagen wurde, sondern der Grundton, das Geschichtsbild, das dem Kind und Jugendlichen vermittelt wird, ist zunächst eine großflächige Siedlungsgeschichte. Der zentralste Begriff, die primäre Idee für den Amerikaner ist, wie Charles Beard einmal gesagt hat, nicht etwa die Demokratie, die Freiheit oder der „American way of life“, sondern schlicht die Idee der Zivilisation. Von Anfang an und bis zur Stunde versteht er sich als Zivilisator in Hemdsärmeln. Und an irgendeiner Ecke dieses zivilisatorischen, weit offenen Gebietes kann jeder, wozu er auch kommen mag, mitwirken.

Für den jungen Amerikaner bietet sich die Vergangenheit als ständige Bewegung, als zahlreiche Wanderungen, auch als Revierverteidigung dar. Die in seinen Geschichtsbüchern als die ersten Amerikaner geschilderten Menschen befinden sich immer auf einem zerbrechlichen Schiff auf hoher See, auf Booten auf einem Fluß, dessen Lauf noch unerforscht ist,

Je länger man sich mit dem politischen Leben in den USA befaßt, desto mehr erscheint es wie eine vielschichtige Bühne mit vielen Etagen übereinander und vielen Nebenräumen, wo gleichzeitig, aber nicht in derselben erlebten Zeit, die verschiedensten Handlungen stattfinden. Manchmal sind sogar solche aus verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Traditionen miteinander verknüpft. Irgendwann und irgendwo ist in den USA alles möglich; und doch weiß jeder, daß er in *einer* Nation lebt. Das verdankt man nicht zuletzt der Verfassung, die unvermindert, seit dem Ende

in Karren in einer Wüste. Sie suchen, nehmen Land, sie wandern erneut. Der Amerikaner jeder Generation lernt also, sich mit Gruppen zu identifizieren, die sich ihr Los selber zogen, die ihre Ziele selber bestimmten. Ihre Führer stehen, mit drei oder vier Ausnahmen, selten im Vordergrund.

Amerikaner haben sich in ihrer Geschichte nie als Gegenstand irgendwelcher dynastischer Interessen, nie als Bauern auf einem Schachbrett erlebt, an dem nur Fürsten spielen durften. Die Darstellung der eigenen Geschichte ist somit vorzüglich geeignet, den Amerikaner von früh auf mit einem starken, aber pragmatischen Nationalbewußtsein, zugleich aber auch mit einer intuitiv erfaßten optimistischen Anthropologie aufwachsen zu lassen. „Wir haben es einst geschafft. Wir werden es auch in Zukunft schaffen.“ Die Tatsache, daß sich seine Nation aus den Abkömmlingen zahlreicher Völker aufbaut, beeinträchtigt sein Zusammengehörigkeitsgefühl nicht im geringsten. Im Gegenteil: Gerade weil es ein Konglomerat von Menschen gewesen ist, das zur einheitlichen Nation werden sollte, mußten im Personwerdungsprozeß des jungen Amerikaners nationalistische Leitbilder überbetont werden. Erst seit etwa dreißig Jahren arbeiten Pädagogen daran, die Jugend Amerikas teilweise zu entnationalisieren. So fällt zum Beispiel in vielen Geographiebüchern die wiederkehrende Wendung „unsere Nachbarn“ auf. Jedes Kapitel, ob es nun über Europäer, Japaner, Afrikaner oder Argentinier handelt, ist überschrieben: „Unsere Nachbarn in ...“.

Der Begriff „Nachbar“ wird bedeutungsleer zugunsten eines Weltbildes, worin alle Menschen nicht nur einander gleich, sondern theoretisch sich auch gleich nahe sind.

Unvermindert gültige Verfassung

des 18. Jahrhunderts als täglich erfahrbare und anrufbare Wirklichkeit, aber auch als Ideal ins Leben aller ragt.

Man hat Amerika einmal die unfertige Gesellschaft genannt. Von einer unfertigen Gesellschaft kann aber nur der sprechen, der weiß, wie die fertige aussehen soll. Tatsächlich bilden sich wohl einige Sozialwissenschaftler und Publizisten ein, sie wüßten es. Heute ist Amerika aber gerade auf derjenigen Ebene am „fertigsten“, am sichersten strukturiert, wo sich seit der Nationswerdung sehr wenig ge-

ändert hat: Das Land ruht letzten Endes auf einer Verfassung, die am Ende des 18. Jahrhunderts für eine Bevölkerung von vier Millionen, angesiedelt auf einem Achtel der heute fast von 200 Millionen bewohnten Landfläche, geschrieben worden ist. Keiner ihrer Verfasser konnte sich damals wohl die heutige Gesellschaft vorstellen. Es gehört zu den eindrucksvollsten politischen Tatsachen in den USA, wenn man sieht, wie Jahr für Jahr die soziologisch oder wirtschaftlich einschneidendsten Fragen von den Verfassungshütern auf Grund eines wörtlich genommenen Textes entschieden werden. Selbstverständlich lesen die Verfassungsrichter in den Urtext hinein, was ihnen heute soziologisch am Herzen liegt, wie oft kritisch bemerkt wird, aber diese Männer können die amerikanische Gesellschaft so einschneidend beeinflussen, gerade weil die Bevölkerung überzeugt ist, daß es laut dem Buchstaben der Verfassung so sein muß und daß die Richter selber sich an diese Buchstaben halten.

Im Gegensatz zu manchen anderen Nationen verdanken die Amerikaner ihre Nation nicht einer Dynastie oder einem ehrgeizigen Diktator und auch nicht einer kleinen Elite, die weit über der Masse des in heterogene Gruppen gespaltenen Volkes steht, ja vielleicht nicht einmal dessen Sprache spricht. Kein Amerikaner, abgesehen von der Phase des

Zentralismus und Föderalismus

Man kann von einem Sieg des Nationalismus im amerikanischen Sinne zunächst auf staatsrechtlicher Ebene sprechen. Die Konzeption jener Männer, die während der verfassungsgebenden Versammlung ihren mißtrauischen Landsleuten als Nationalisten galten, wünschten eine möglichst starke Zentralregierung auf Kosten der Gliedstaaten. Bis zur Mitte unseres Jahrhunderts lebten die Amerikaner aber in Gliedstaaten, die in wesentlichen Bereichen autonom waren. Nur stufenweise, zuerst nach dem Bürgerkrieg, dann wieder durch die Teilnahme am Ersten Weltkrieg, durch die Zwangslage der großen Wirtschaftskrise, durch die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und zuletzt durch die Rassenfrage seit 1953 ist der Zentralismus, also der Nationalismus eines Teils der Gründer, verwirklicht worden. Eine lange Reihe von Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes der USA, die seit 1941 sich aus-

Bürgerkrieges, hat je das Gefühl haben müssen, irgendwer „da oben“ habe seinen Zusammenschluß mit anderen Landesteilen und Menschengruppen verfügt. Gerade die neuere Geschichtsforschung hat gezeigt, wie sehr alle Schichten und Berufe des Siedlervolks seinerzeit an der Ratifizierung der Verfassung, die die Republik schuf, teilgenommen hatten.

Mit welcher Distanz gegenüber einem Nationsbegriff europäischen Stils gerade auch die Urheber der Verfassung der USA auf das zu schaffende Gebilde blickten, geht besonders deutlich aus einer Feststellung von James Madison im „Federalist“ hervor, also in jener Aufsatzsammlung, worin die konzipierte Verfassung kommentiert wurde. Er sagte: „Die Verfassung soll auf der Zustimmung und Ratifizierung durch die Menschen von Amerika ruhen. ... Diese Zustimmung und Ratifizierung soll durch die Bürger nicht als Individuen, die eine ganze Nation verkörpern, gegeben werden, sondern durch Menschen, die die einzeln unterscheidbaren und unabhängigen Staaten bevölkern, zu denen sie jeweils gehören.“ Für Madison, der später der vierte Präsident der USA wurde, ist die Verfassungsgebung somit kein nationaler, sondern ein föderalistischer Akt. Das Ergebnis ist ein gliedstaatliches, nicht ein nationales. Die Verfassung würde eine föderative, nicht eine nationale sein. Die Spuren dieser Auffassung kann man heute noch finden.

dehnende Rolle des Militärs, der Wehrdienst, aber auch seit etwa 1950 die drei Fernsehprogramme auf Bundesebene, die in die letzten Winkel des Landes identische Impulse schicken: diese Kräfte und Verschiebungen haben die politische und wirtschaftlich-gesellschaftliche Landschaft Amerikas homogener gemacht und somit nationalisiert. Heute ist das Volk eine emotional erregbare Schicksalsgemeinschaft, wie sie sich wenige Amerikaner des 19. Jahrhunderts hätten vorstellen können.

Man muß aber an die frühe Geschichte des Gemeinwesens denken, um zu begreifen, weshalb gerade heute noch die Gegner des Zentralismus sich als die eigentlichen, die echten Amerikaner bezeichnen können. Die heutigen Gegner des Zentralismus in Kanada zum Beispiel, die Französisch-Kanadier, halten sich ja nicht für die eigentlichen Kanadier, sondern eher für Geistesverwandte Frankreichs, die sich

unter Umständen auch an die USA anschließen würden. Aber es gibt heute, wie vor Jahren, Amerikaner, übrigens gerade auch junge Leute, die sich einerseits leidenschaftlich als Vollamerikaner, nicht etwa als Kalifornier oder Georgier gebärden und doch das meiste ablehnen, das in Washington im Namen der Nation von beiden Parteien getan wird. Parteipolitische Differenzen sind in dieser Hinsicht nämlich kaum von Belang, weil die USA de facto von einer großen Koalition regiert und mit Gesetzen versorgt werden. Diese unausgesprochene Koalition funktioniert einfach deshalb, weil sich die ausschlaggebenden Männer beider Parteien in der Regel lange genug und gut genug kennen, um einen Kompromiß auszuhandeln, den jeder seinen Wählern gegenüber mit einer glaubwürdigen nationalistischen

Rhetorik altväterischer Prägung vertreten kann.

Fast 200 Millionen Amerikaner verschiedener Religionen, Hautfarben und nationaler Herkunft erleben sich heute, gelegentlich sentimental-patriotisch, als eine Nation dank einiger Dutzend Leitbilder, Symbole, historischer Figuren und einer einmaligen politisch konstruktiven Begabung, die hervorgegangen sind aus der Geschichte eines kleinen Siedlervolks, dessen Größe, als es die entscheidenden Schritte zur Nationgründung machte, nicht einmal zwei Prozent der heutigen Bevölkerung erreichte. Ohne diesen unabnutzbaren Kern ließen sich die heutigen USA mit 50 Gliedstaaten von Hawaii bis Maine ähnlich schwer zu einer Nation integrieren wie Europa, Afrika oder Südamerika.